

Nr. 40

Mehr Verlässlichkeit wagen

von Prof. Dr. Friederike Welter

In den vergangenen Wochen hat der Verkauf des Geschäftsbereichs Climate Solutions des Familienunternehmens Viessmann an das US-Unternehmen Carrier für Furore gesorgt. Als einen wesentlichen Grund für den Verkauf hoben sowohl der Seniorchef Prof. Dr. Martin Viessmann als auch sein Sohn Maximilian Viessmann immer wieder hervor, dass sie auf diesem Weg die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter längerfristig am besten sichern könnten. Dies bestätigt, was eine Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn bereits 2014 deutlich zum Ausdruck gebracht hat: Familienunternehmerinnen und Familienunternehmern sind – neben ihrer Unabhängigkeit und der Sicherung des eigenen Einkommens und Vermögens – die Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen wichtig – und zwar deutlich mehr als Führungskräften in managergeführten Unternehmen.

Gleichwohl wird die Verkaufsentscheidung von Viessmann von manchen nicht als Ausdruck einer wohlüberlegten Entscheidung über eine langfristige Strategie gesehen. Stattdessen wird sie als ein Beleg dafür benannt, dass die zunehmende Anzahl an Herausforderungen den Mittelstand überfordere – und die mittelständischen Unternehmen Hilfe seitens der Politik bedürfen. Diese Sichtweise, den Mittelstand – insgesamt, oder in Teilen – als hilfsbedürftig anzusehen, ist jedoch kontraproduktiv. Sie vermittelt das falsche Bild eines Mittelstands, der es aus eigener Kraft nicht schafft, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und der daher gestützt werden müsse. Sehr viel konstruktiver ist hingegen die Frage, welche grundlegenden Bedingungen die mittelständischen Unternehmen am besten in ihrem eigenen Bestreben unterstützen, die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Aus meiner Sicht sind vor allem drei grundsätzliche Aspekte wichtig:



An erster Stelle bedarf der Mittelstand in Deutschland längerfristiger verlässlicher ordnungspolitischer Rahmenbedingungen. Nur dann verfügen die mittelständischen Unternehmen auch über die notwendige Planungssicherheit, um gezielt die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu sichern bzw. auszubauen. Ist dies gegeben, tragen die mittelständischen Unternehmen nachweislich mit Werten wie Verbindlichkeit und Verlässlichkeit dazu bei, die Unsicherheit aller Marktteilnehmer zu verringern und negative Erwartungen abzuschwächen.

Zweitens – und dies hängt eng mit den verlässlichen Rahmenbedingungen zusammen – darf der Umfang der bürokratischen Pflichten nicht weiter steigen. Schon heute werden hierdurch die Ressourcen insbesondere von kleineren Unternehmen massiv belastet, wie aktuelle Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn für den Maschinen- und Anlagenbau zeigen: So werden beispielsweise in einem Unternehmen mit 125 Beschäftigten jährlich rund 3 % des Umsatzes für die Erfüllung des bürokratischen Aufwands allein auf Bundesebene gebunden. Der Mittelstand kann jedoch nur dann einen erheblichen Beitrag zum Gelingen der Transformation leisten, wenn er nicht weiter in seinen Ressourcen beschnitten wird. Stattdessen muss er in der Lage sein, flexibel neue Lösungen zu entwickeln, auszuprobieren und an den Markt zu bringen. Entsprechend hindern auch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren den Mittelstand daran, seine Stärken auszuspielen.

Drittens gilt es noch viel stärker, die (in-)direkten Auswirkungen von Gesetzesinitiativen im Auge zu behalten. Um auch hier ein konkretes Beispiel zu nennen: Die Transformation erfordert erhebliche finanzielle Mittel, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Dies wollen viele mittelständische Unternehmen mit Hilfe von Krediten realisieren. Es gilt also, ihnen – gleich welcher Größe – den Zugang zu diesen finanziellen Mitteln zu erleichtern. Durch die EU "Strategie zur Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft" sind die Banken und Sparkassen verpflichtet, die Nachhaltigkeit ihrer Kreditvergabe an Unternehmen zu prüfen. Was Anlegern maximale Transparenz im Hinblick auf nachhaltige Anlagemöglichkeiten bietet, bedeutet wiederum insbesondere für die kleineren Unternehmen einen erheblichen Erhebungs- und Erfüllungsaufwand, obwohl sie bislang eigentlich per se noch von der Berichtspflicht ausgenommen sein sollten. Dies kann gerade für kleinere Unternehmen unnötige Kredithürden bedeuten, was wiederum Investitionen und Innovationen verhindert – und somit die eigentlich gewollte Transformation behindert statt fördert.